

\*\*\*\*\*

# Zurückdrehen der “Doomsday Clock”

Ein parlamentarischer Appell an die 2024 Konferenz der Vertragsstaaten des Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (Non-Proliferation Treaty, NVV), um die kooperative Führungsrolle und die Rechtsstaatlichkeit zu fördern, Atomkrieg zu verhindern, internationale Konflikte friedlich zu lösen und das Klima für heutige und zukünftige Generationen zu schützen

\*\*\*\*\*

## An die Vertragsstaaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV)

Eure Exzellenzen,

Sie treffen sich vom 22. Juli bis 2. August 2024 bei den Vereinten Nationen in Genf, während die Welt in verheerende bewaffnete Konflikte verwickelt ist, der Multilateralismus und die Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt werden, in einer Zeit in welcher das nukleare Wettrüsten wieder auflebt, die Risiken und konkreten Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen zunehmen, die durch den Klimawandel verursachten Katastrophen immer gravierender werden und eine existenzielle Bedrohung der Menschheit durch hohe Treibhausgasemissionen droht.

Die ernste Lage wurde vom Bulletin of Atomic Scientists im Januar dieses Jahres hervorgehoben, als es die Zeiger der symbolischen Weltuntergangsuhr auf 90 Sekunden vor Mitternacht stellte.

Derzeitige und ehemalige Gesetzgeber/Parlamentarier, wie Sie, rufen wir aus der ganzen Welt auf, diese Gelegenheit zu nutzen, um "die Weltuntergangsuhr zurückzudrehen" - um die Diplomatie, die kooperative Führung, die gemeinsame Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit zu fördern, um einen Atomkrieg zu verhindern, internationale Konflikte friedlich zu lösen, das Klima für die jetzige und künftige Generationen zu schützen und insbesondere konkrete Prozesse in Gang zu setzen, **um die konkrete Prozesse in Gang zu setzen, um Frieden und Sicherheit in einer atomwaffenfreien Welt zu erreichen.**

Die internationale Gemeinschaft muss der Schaffung von Frieden und dem Schutz unserer gemeinsamen Zukunft höhere Priorität einräumen als der Kriegsvorbereitung und -führung sowie der Aufrechterhaltung einer von fossilen Brennstoffen dominierten Wirtschaft. So geben die Regierungen gemeinsam jährlich über 2.200 Milliarden Dollar für das Militär aus, um sich auf bewaffnete Konflikte vorzubereiten und diese auszutragen, wohingegen die Vereinten Nationen nur 6 Milliarden Dollar für die Sicherung des Friedens und einer nachhaltigen Welt erhalten. Die Regierungen subventionieren fossile Brennstoffe mit insgesamt 7.000 Milliarden Dollar pro Jahr, das ist fast 20 Mal mehr als die kollektiven Subventionen für erneuerbare Energien.

Diese Prioritäten sollten sich ändern.

Unser hauptsächlicher Sicherheitsrahmen sollte die gemeinsame Sicherheit sein, die sich darauf konzentriert, internationale Konflikte zu lösen und unsere Zukunft durch Diplomatie, Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Eine bessere Nutzung gemeinsamer Sicherheitsmechanismen zur Gewährleistung der nationalen und regionalen Sicherheit - wie der Vereinten Nationen und des Internationalen Gerichtshofs - wird es den Ländern ermöglichen, aus der Abhängigkeit von nuklearer Abschreckung auszusteigen, die Abhängigkeit von militärischer Verteidigung zu verringern und Ressourcen zur Unterstützung des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung freizusetzen.

Wir begrüßen den Beschluss der UN-Generalversammlung, im September 2024 einen UN-Zukunftsgipfel abzuhalten ( [UN Summit of the Future](#) ), um "multilaterale Lösungen für eine bessere Zukunft" zu stärken und die oben genannten Ziele voranzubringen.

Wir begrüßen die Bemühungen des Vorbereitungsausschusses für den Atomwaffensperrvertrag 2023, das Risiko eines Atomkriegs zu verringern und die Unterstützung unilateraler, bilateraler und multilateral Initiativen für den Verzicht auf den Ersteinsatz und den Nicht-Einsatz von Atomwaffen zu erwägen ([no-first-use and non-use of nuclear weapons](#)).

Wir begrüßen auch die Tagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 4. Juli 2023 verabschiedete Erklärung von Vancouver ([Vancouver Declaration](#)), in der "alle Teilnehmerstaaten werden ermutigt, ihre internationalen Anstrengungen zu verdoppeln, um die weltweite Abschaffung von Kernwaffen in einem zeitlich begrenzten Rahmen zu erreichen, unter anderem durch die Aushandlung eines umfassenden Kernwaffen Übereinkommens (NWÜ) oder eines Rahmenabkommens, wie im Schlussdokument der achten Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen empfohlen, oder durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen von 2017."

Wir sind ermutigt durch die unglaublich hohe Erfolgsquote des Internationalen Gerichtshofs bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten, die ihm zur Lösung vorgelegt werden, wie der Präsident des IGH dem UN-Sicherheitsrat im Januar 2023 berichtete. ([the President of the ICJ to the UN Security Council](#) in January 2023)

Wir möchten auch die Luanda Declaration von 2023, angenommen von der 147-ten hervorheben, die von der Versammlung der Interparlamentarischen Union (die 180 Mitglieder Parlamente hat) am 27. Oktober 2023 akzeptiert wurde, die "den Glauben der Parlamentarier an die Rechtsstaatlichkeit, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, als Grundlage der Konfliktverhütung und -beilegung sowie an den Dialog und die Diplomatie als einzigen Weg zu dauerhaftem Frieden" bekräftigt und "die häufigere Inanspruchnahme des Internationalen Gerichtshofs und anderer internationaler Gerichtsinstitutionen als Schlüsselinstrumente zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Ländern" fördert.

**In diesem Rahmen ermutigen wir als Vertragsstaaten des NVV, auf der NVV-Konferenz 2024 und auf dem UN-Zukunftsgipfel Folgendes voranzutreiben:**

1. Ein sofortiges Ende der Modernisierung und Produktion von Atomwaffen;
2. eine kollektive Bestätigung, dass *die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen* unzulässig sind, wie von den Staats- und Regierungschefs der G20 auf ihrem Gipfel in Bali vereinbart, und dass die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen generell illegal ist, wie vom Internationalen Gerichtshof bestätigt wurde;
3. Zusagen der mit Atomwaffen bewaffneten und verbündeten Staaten, die Rolle von Atomwaffen in der Sicherheitspolitik schrittweise abzubauen, beginnend mit einer No-First-Use-Politik;
4. eine weltweite Verpflichtung zur vollständigen Abschaffung von Kernwaffen bis spätestens 2045, dem 75. Jahrestag des NVV;
5. Die Initiierung eines kollektiven Prozesses zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen, der Verhandlungen über ein umfassendes Atomwaffen Übereinkommen, die Verabschiedung eines Rahmenabkommens zur nuklearen Abrüstung oder die Aushandlung von Protokollen zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen umfassen könnte, um den Beitritt von nuklear bewaffneten und verbündeten Staaten zu ermöglichen;
6. Bekräftigung der wichtigen Rolle des Internationalen Gerichtshofs (IGH) bei der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte und der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit sowie Ermutigung aller Länder, die obligatorische Zuständigkeit des IGH zu akzeptieren, wie vom UN-Generalsekretär empfohlen (derzeit akzeptieren 74 Länder diese Zuständigkeit);
7. Bekräftigung der derzeitigen regionalen atomwaffenfreien Zonen (NWFZ) und Unterstützung der Einrichtung weiterer NWFZ, einschließlich einer Zone im Nahen Osten, die frei von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen ist, und einer NWFZ in Nordostasien;
8. Maßnahmen zur Kürzung der Nuklearwaffen Budgets und der öffentlichen Investitionen in die Nuklearwaffen Industrie und zur Umwidmung dieser Mittel, um stattdessen die öffentliche

Gesundheit, den Frieden, die Klimastabilisierung und die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

9. Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe nach dem Vorbild des Atomwaffensperrvertrags, um die Gewinnung fossiler Brennstoffe und deren Emissionen auslaufen zu lassen.

Wir appellieren an Sie, sich dieser Herausforderung zu stellen, den gefährlichen und unhaltbaren Status quo der Bedrohungslage und des nuklearen Wettrüstens zu überwinden und positiv auf die oben genannten Empfehlungen zu reagieren, in dem Wissen, dass Ihre Führung von Parlamentariern und der Zivilgesellschaft weltweit stark unterstützt wird.

\*\*\*\*\*

Dieser Appell wird von [Parliamentarians for Nuclear Non-proliferation and Disarmament](#) (PNND) verbreitet und soll am Mittwoch, den 24. Juli 2024, dem NPT-Vorbereitungsausschuss in Genf vorgelegt werden. Der Appell kann von aktuellen und ehemaligen Parlamentariern unterstützt werden. Die Liste der Unterzeichner ist zusammen mit dem Appell online verfügbar.